

Es braucht Anwälte des Teufels

In der Corona-Krise sollten die Medien dringend kritischer berichten. Eine neue Institution tut not

REINER EICHENBERGER,
DAVID STADELMANN

Für gute Politik und Demokratie braucht es freie, vielfältige und kritische Medien. Das gilt insbesondere in Krisensituationen. Doch in der Corona-Krise waren die Medien gegenüber der Regierung unkritisch, berichteten einseitig und setzten mehr auf Panik als auf Analyse. So geschah es nicht nur in der Schweiz. Fast überall scharten sich die Medien hinter den Regierungen, selbst dort, wo Regierungsversagen offensichtlich war.

Weshalb verlieren in Krisen selbst Qualitätsmedien ihre Kritikfähigkeit? Manche argumentieren, aufgrund des extremen Spardrucks in den Medien würden die qualifizierten Mitarbeiter nicht nur immer rarer. Sie wollten auch immer öfter zu den wachsenden staatlichen Kommunikationsabteilungen wechseln und fürchteten, regierungskritische Beiträge könnten ihre Chancen mindern. Andere meinen, infolge guter persönlicher Beziehungen zu staatlichen Stellen erhielten manche Medien Vorabinformationen und berichteten dann wohlwollender. Dank ihrem Informationsvorsprung erschienen die eingebundenen Medien glaubwürdiger, was sie für den Staat noch wertvoller mache.

Diese Argumente erklären nicht, weshalb die Medien gerade in Krisen versagen. Spardruck herrscht immer. Die Hoffnung auf bessere Stellen gilt allgemein. Und gute persönliche Beziehungen erklären allenfalls, weshalb ein paar Medienschaffende staatsdienlich berichteten; wenn viele Vorabinformationen erhielten, wären diese praktisch wertlos. Die unkritische Berichterstattung muss deshalb anders erklärt werden. Wir sehen sie als Folge eines grundsätzlichen Systemversagens.

Qualitätsmedien müssen unter Abwägung dreier Aspekte immer wieder neu festlegen, wie sie berichten sollen: Ihre Zeit, ihre Finanzen und ihr Wissen sind knapp. Zur Erhaltung ihrer Reputation wollen sie echte und scheinbare Fehler vermeiden. Und sie wollen möglichst viele Medienkonsumenten ansprechen.

Neuer Meinungswettbewerb

Zu Beginn von Krisen besteht grosse Unsicherheit. Der Informationsbedarf der Konsumenten ist hoch, und Berichte zur Krise finden Aufmerksamkeit, ganz gleich, wie regierungstreu oder -kritisch sie sind. Zugleich ist das Wissen der Medienschaffenden noch gering und das Fehlerrisiko gross. Regierungskritische Beiträge kann die Regierung deshalb leicht angreifen und echte oder vermeintliche Fehler anprangern.

Regierungsfreundliche Berichte hingegen werden kaum angegriffen. Darum erwächst ein selbstverstärkender Mechanismus. Je weniger regierungskritische Berichte es gibt, desto konzentrierter trifft das «Sperrfeuer» der Regierung die noch verbleibenden kritischen Beiträge. Und je mehr Beiträge regierungstreu sind, desto kleiner wird das Risiko für ihre Urheber, von Kreisen angegriffen zu werden, die gegenüber der Regierung kritisch sind.

Unter der in Krisen gegebenen Unsicherheit übernehmen rationale Medienschaffende deshalb die Kommunikation der Regierungen, sie sind weitgehend unkritisch und daher staatsdienlich. Je länger sie dann das Krisenmanagement der Regierung beobachten können, desto leichter fällt es ihnen, Kritik zu üben, die nicht leicht zurückzuweisen ist. Allerdings unterliegen Qualitätsmedien einer Konsistenzanforderung, weshalb sie das systemische Versagen nur langsam zu korrigieren vermögen.

Zur Behebung dieses Systemversagens braucht es eine neue Form des Meinungswettbewerbs, einen «balancierten, parteiischen Wettbewerb». Analogien verdeutlichen seine Relevanz: In der Rechtsprechung sucht nicht ein Mensch möglichst unvoreingenommen «die Wahrheit». Vielmehr suchen in einem wettbewerblichen Prozess sowohl An-



Wer die Regierungspolitik monatelang gepriesen hat, kann sie nachher nur schwer kritisieren (Bundesrat Alain Berset während einer Pressekonferenz, 31. März). PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Je weniger regierungskritische Berichte es gibt, desto konzentrierter trifft das «Sperrfeuer» der Regierung die noch verbleibenden kritischen Beiträge.

klage als auch Verteidigung extrem parteiisch nach den bestmöglichen Argumenten. Auf deren Grundlage stellt dann ein möglichst neutraler Richter fest, was «die Wahrheit» sei.

Der Meinungswettbewerb in den Medien ist normalerweise einermassen ausgewogen. In Krisenzeiten ist er aber systematisch zugunsten der Regierungsposition verzerrt. Zur Entzerrung bedarf es einer neuen Institution, die in der Rechtsprechung und bei kirchlichen Prozessen der Heiligsprechung längst erprobt ist: der Anwalt der Gegenseite in Form von Pflichtverteidigern und des Advocatus Diaboli. Falls Angeklagte sich nicht ordentlich verteidigen können – sei es, weil ihnen das Geld fehlt oder weil die potenziellen Verteidiger fürchten, moralisch in die Ecke des Täters gestellt zu werden –, wird ihnen vom Staat ein Pflichtverteidiger gestellt. Dieser wird aus allgemeinen Mitteln entschädigt und nicht geächtet, nur weil er diese Aufgabe annimmt.

Gremium für Regierungskritik

In kirchlichen Heiligsprechungsprozessen misst sich der Advocatus Diaboli in einem gewissen Sinne straflos an Gott, wenn er Zweifel an danach Heiliggesprochenen formuliert. Beide Institutionen dienen dem gleichen Zweck: Es geht darum, in ernsthafter Absicht und bestem Wissen und Gewissen alle denkbaren Argumente zu suchen, um so zu angemesseneren, besseren Entscheidungen zu kommen. Die Institution des Advocatus Diaboli wäre in den Medien notwendig – zumindest in Krisenzeiten. Zur Etablierung einer solchen Institution bieten sich mehrere Möglichkeiten.

Einzelne Medien können Gefässe mit dem klaren Auftrag schaffen, die Regierungsstrategie kritisch zu hinterfragen. Teilweise existiert dies bereits durch spezielle «Querdenker-Kolumnen». Das reicht aber nicht. Denn die Kritik an der Regierung ist in Krisenzeiten ein typisches öffentliches Gut. Die Kosten fallen beim einzelnen Me-

dium an, aber die Nutzen verteilen sich auf die ganze Gesellschaft. Entsprechend haben die einzelnen Medien weder die Anreize noch Ressourcen, die Pflichtverteidiger-Rolle in angemessenem Umfang zu spielen. Eine Möglichkeit wären Medienpreise für besonders gute Arbeit als Advocatus Diaboli.

Weil Kritik in Krisenzeiten ein öffentliches Gut ist, bedarf es einer spezialisierten unabhängigen Institution mit breiterer Finanzierungsbasis. Die Allgemeinheit sollte eine oder mehrere Stellen damit beauftragen, im Krisenfall angemessene Kritik an der Regierung vorzubringen. Ein schon existierendes «Gremium für Regierungskritik» sind die Rechnungshöfe. Ihre Aufgabe ist, die Entscheidungen und das Verhalten von Regierungen, Verwaltungen und sogar Parlamenten auf ihre finanziellen Auswirkungen zu untersuchen, zu kritisieren und auch Verbesserungsvorschläge vorzubringen. Die Schweiz hat hervorragende und weltweit einmalige Erfahrungen mit unabhängigen Kommissionen im Finanzbereich.

In Gemeinden mit Gemeindeversammlungen wählen die Bürger nicht nur eine Regierung, sondern je nach Kanton auch eine Rechnungsprüfungs- oder Geschäftsprüfungskommission, deren einzige Aufgabe es ist, die Vorschläge der Regierung zu kommentieren und zu kritisieren. Die Forschung mit unserem Kollegen Mark Schelker zeigt, wie fruchtbar die Auswirkungen dieser Kommissionen auf die Finanzpolitik zu übertragen sind. Wir schlagen deshalb vor, das Konzept solcher unabhängigen, vom Volk gewählten Kommissionen auf die Krisenpolitik zu übertragen. Diese Gremien hätten ideale Anreize, die bestmöglichen Argumente gegen staatliche Entscheidungen zu formulieren. Dank öffentlicher Finanzierung hätten sie auch die Ressourcen, fundierte Kritik zu erarbeiten.

Mängel rechtzeitig beheben

Dank dem expliziten Auftrag zur Kritik müssten die Mitglieder der Kritikkommission nicht fürchten, als unmora-

lisch hingestellt zu werden oder bloss die Situation zugunsten ihrer eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Und weil die Mitglieder explizit für die Funktion der Kritik gewählt sind und zumeist in dieser Funktion wiedergewählt werden wollen, haben sie im Gegensatz zu Oppositionsparteien starke Anreize, die Arbeit der Regierung konstruktiv-kritisch zu begleiten und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Kritik von speziell beauftragten Kritikkommissionen wirkt über vier Kanäle. Erstens kann die Regierung die Vorschläge direkt aufnehmen. Zweitens liefert sie Informationen an Medien und damit an die Bevölkerung weiter. Drittens erleichtert sie es anderen Akteuren, Vorschläge zu entwickeln. Viertens wird die Regierung versuchen, der Kritik möglichst zuvorzukommen und die offensichtlichsten Mängel ihrer Politik rechtzeitig zu beheben.

Im Falle der Corona-Krise etwa hätte die Kritikkommission der Regierung wohl früh empfohlen, die wichtigsten Daten als Entscheidungsgrundlage besser zu erheben und auszuwerten. Dazu gehören die Dunkelziffer der Infektionen, die Vorerkrankungen und so die verlorenen Lebensjahre der Opfer von Tod und schwerer Krankheit sowie das Ausmass der Immunität der Genesenen durch Antikörper und zelluläre Abwehr. Weil für die Regierung die Kritik einer vom Volk gewählten Kommission viel gewichtiger wäre als jene von einzelnen Wissenschaftlern, hätte sie in Erwartung dieser Kritik eine vernünftige Datenpolitik betrieben, so dass die Kritikkommission für manche Bereiche hätte sagen können: Die Regierung hat solide Arbeit geleistet, so dass sich Änderungsvorschläge erübrigen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor von Crema – Center of Research in Economics, Management and the Arts. David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Research Fellow bei Crema, Fellow bei Best (Australien) und Mitglied des Walter-Eucken-Instituts (Deutschland).